



**Langenfeld Die Erschütterung über den russischen Überfall auf die Ukraine ist bei allen Langenfelder Stadtratsparteien groß. Während der Friedensdemo am Rathaus fordern sie am frühen Freitagabend das Ende der Kämpfe. Von Dirk Heuer**

Weit mehr als 500 Menschen protestieren am frühen Freitagabend vor dem Langenfelder Rathaus gegen den russischen Angriffskrieg auf die [Ukraine](#). Die Ratsfraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, [CDU](#), BGL, [SPD](#) und FDP haben zu der Protestaktion aufgerufen, um ein Zeichen gegen den völkerrechtswidrigen Angriff zu setzen. Die Erschütterung über den russischen Überfall auf die Ukraine ist nicht nur bei den Rednern groß. Locker stehen die Demonstranten am Rathaus. Doch als Antonia Küpper und Murat-Mert Kayi vom Organisationsteam der grünen Jugend ans Mikrofon treten, verstummen die Gespräche. Die Menschen rücken näher zusammen, soweit es die Coronaregeln zulassen.

„Wir sind als Wiescheider Treff mit 20 Personen gekommen“, erzählt Doris Sandbrink. „Viele von uns kennen Krieg aus eigener Erfahrung oder aus den Erzählungen der Eltern“, fährt sie fort. Am frühen Morgen haben sie ihr Plakat mit den ukrainischen Nationalfarben gestaltet. „Das werden wir im Treff weiter aufstellen, um an den Krieg zu erinnern“, kündigt sie an. Wenige Meter von ihr entfernt steht eine vierköpfige Familie, die beiden Jungen haben ihre Haare in den ukrainischen Farben gefärbt. „Für mich war es ein tiefes Bedürfnis heute

dabei zu sein, um gegen den Krieg zu demonstrieren“, sagt Eddi Bächer. Dieser Angriff „hat uns überrollt und ich hoffe, dass es keine weiteren Eskalationen gibt.“ Er wisse nicht, was es für die Menschen in der Ukraine bedeuten wird, wenn das gesamte Land von den russischen Truppen eingenommen wird.

## **Ratsfraktionen gemeinsam gegen Krieg**

Über eine 1,2 Millionen Menschen sind seit dem Ausbruch des Krieges (24. Februar) aus der Ukraine geflüchtet. Vier Millionen Menschen könnten schon bald dazukommen schätzt das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR). Rund 12 Millionen Menschen könnten in wenigen Tagen auf humanitäre Hilfe angewiesen sein. Nach Angaben der ukrainischen Behörden seien über 2000 Zivilisten, darunter über 100 Kinder, Opfer der russischen Angriffe geworden. Außerdem sollen über 9000 russische Soldaten gestorben sein, Moskau bestätigt 498 Tote (2. März).

„Dies ist eine Demo für den Frieden und gegen den Krieg“, betont Bürgermeister Frank Schneider. [Langenfeld](#) setze damit ein Zeichen der Solidarität. „Die ersten 40 Flüchtlinge sind in Langenfeld angekommen“, informiert er die Menschen und ruft dazu auf, diese Solidarität auch in den kommenden Wochen und Jahren aufrecht zu erhalten. Auf Deutschland werden wegen des russischen Krieges Einschränkungen zukommen. Er erinnert daran, dass gerade die deutsche Abhängigkeit von „dem Schurkenstaat“ sehr groß sei und nun ein Umdenken gerade in der Energie- und der Verteidigungspolitik stattfinden muss, das alle bezahlen müssen.

„Es ist schwierig, heute die richtigen Worte zu finden“, sagt Gerold Wenzens, Fraktionsvorsitzender der BGL. „Wir alle leiden mit den Opfern des Krieges. In uns nagen bittere und dunkle Gefühle: Die Trauer, um die Millionen Opfer des Ukrainekrieges: Vertriebene, Verletzte, Tote und Wut auf den Kriegstreiber [Wladimir Putin](#).“

Dr. Günter Herweg, Fraktionsvorsitzender der Grünen erinnert an die „Trennungsszenen auf Bahnhöfen und an den Grenzübergängen, bei denen Mütter mit ihren Kindern vom Ehemännern Abschied nehmen.“ Den Angriff auf das größte [Atomkraftwerk](#) der Ukraine und ganz Europas nennt er ein „Kriegsverbrechen: Rücksichtslos, menschenverachtend und skrupellos.“ Er hofft, dass am Ende Putin vor dem Internationalen Gerichtshof verurteilt wird. „Dann wäre wenigstens ein kleines Stück Gerechtigkeit zurück gekehrt.“

Sebastian Köpp, Vorsitzender der CDU Langenfeld, erklärt: „Die Ukrainer haben sich für Freiheit, Frieden und Demokratie entschieden und für die europäischen Werte.“ Deswegen verachten „wir“ das Putin-Regime, das „diese Freiheit und diesen Willen des Ukrainischen Volkes gewaltsam unterdrücken will. Wir werden den Geflüchteten helfen als Stadt und Gesellschaft, wo wir können.“

Frank Noack, Vorsitzender der FDP-Ratsfraktion, erklärt: „Wir haben seit dem Ende des kalten Krieges in dem Glauben gelebt, dass in Europa Frieden herrscht und wir unseren Kindern eine glückliche Zukunft bieten können. Seit dem 24. Februar ist klar, dass es sich hierbei um eine Illusion handelte, die von einem Mann bitter zerstört wurde. Dieser Krieg ist durch nichts zu entschuldigen“, so Noack.

„Der ohnehin bereits verbrecherische Angriffskrieg von Russland auf die Ukraine hat seit Mitte dieser Woche, durch zunehmende Angriffe auf zivile Ziele, eine noch verheerendere und völkerrechtswidrigere Wendung genommen“, erklärt Sascha Vilz, Vorsitzender des SPD Ortsvereins Langenfeld. Die SPD zolle den Ukrainern Respekt und habe großes Mitgefühl für die Opfer. „Wir erleben einen Krieg in Europa, der gestoppt werden muss“, fordert der SPD-Politiker.